



Niederschrift zur 2. öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Recht, Sicherheit und Ordnung der Stadt Zossen

Sitzungstermin: Montag, den 09.02.2009
Sitzungsbeginn: 19:00 Uhr
Sitzungsende: 22:00 Uhr
Ort, Raum: Rathaus der Stadt Zossen, Konferenzraum im Erdgeschoss,
Marktplatz 20, 15806 Zossen

Anwesend sind:

Ausschussvorsitzender

Herr Sven Baranowski

Ausschussmitglieder

Herr Peter Hummer

Herr Ralf Markwardt

Frau Petra Miersch

Herr Dr. Rainer Reinecke

Herr Rolf von Lützow

sachkundige Einwohner

Herr Thomas Blanke

Frau Kerstin Lindstedt

Amtsleiter Rechts- und Personalamt

Herr Raimund Kramer

Gäste

Bürger

Thomas Böhm - Plan B

Es fehlen:

sachkundige Einwohner

Herr Joachim Buder

entschuldigt

Herr Detlef Klucke

entschuldigt

Frau Ulrike Nowy

entschuldigt

zu 1 Eröffnung der Sitzung durch den Ausschussvorsitzenden

Der Ausschussvorsitzende, Herr Baranowski, eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden.

zu 2 Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Die Ladung zur Sitzung erfolgte ordnungsgemäß, von 6 Ausschussmitgliedern sind 6 Mitglieder anwesend und damit ist die Beschlussfähigkeit gegeben.

zu 3 Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird einstimmig festgestellt.

zu 4 Beschlussfassung über Einwendungen gegen die Niederschriften über den öffentlichen Teil der Sitzungen des Ausschusses vom 17.11.2008 und 05.01.2009

Es bestehen keine Einwendungen gegen die Niederschriften des RSO vom 17.11.2008 und vom 05.01.2009.

zu 5 Bericht aus der Verwaltung

Durch die Stadtverwaltung werden die Verpflichtungserklärungen für die sachkundigen Einwohner und die Mitteilungsblätter zu den persönlichen Verhältnissen mit der Bitte um vollständiges Ausfüllen und unverzügliche Rückgabe direkt an die abwesenden sachkundigen Einwohner, Frau Lindstedt und Herrn Blanke und stellvertretend an die Ausschussmitglieder, Herrn Dr. Reinecke und Herrn v. Lützwow für nicht anwesende sachkundige Einwohner übergeben.

Es wird vorgeschlagen, dass die neue Ordnungsamtsleiterin, Frau Klähn auf jeder zweiten oder dritten Sitzung für den Bereich Sicherheit und Ordnung anwesend sein soll, um über den diesbezüglichen Bereich Auskunft zu geben, bzw. für Fragen zur Verfügung zu stehen.

zu 6 Anfragen und Mitteilungen der Ausschussmitglieder

Die Anfrage der Fraktion LINKE vom 03.12.2008 (Sachstand zu den Entscheidungen in allen laufenden Beanstandungsverfahren) wird – im Rahmen der zur Verfügung stehenden Arbeitskapazitäten der Verwaltung – schnellstmöglich beantwortet werden.

zu 7 Einwohnerfragestunde

Folgende Anfragen des Einwohners, Herrn Jungblut/Wünsdorf werden an die zuständigen Fachämter zur Beantwortung zur nächsten regulären RSO- Sitzung übergeben.

Wann steht die Sporthalle an der Oberschule Wünsdorf für den Schul- und Breitensport zur Verfügung? Beantwortung durch Bauamt zugesichert.

Wie steht die Stadt Zossen grundsätzlich zur Einführung von sinnvollen Tempo 30 – Zonen/Tempo 30- Beschränkungen? Beantwortung durch das Ordnungsamt zugesichert.

Besteht die Möglichkeit die Tempo 50- Beschränkung auf der B 96 in der Ortslage Wünsdorf/Waldstadt ca. 200 m weiter auszudehnen? Beantwortung durch das Ordnungsamt zugesichert.

zu 8 Wahl des Stellvertreters/der Stellvertreterin des Vorsitzenden des Ausschusses für Recht, Sicherheit und Ordnung

Herr Blanke (sachkundiger Einwohner) wurde einstimmig zum stellvertretenden Ausschussvorsitzenden gewählt.

zu 9 Beratung von Beschlussvorlagen

**zu 9.1 Bestätigung der Entscheidung der Verwaltung zur Aufhebung einer Verfügungssperre - hier: Sachverständigen- und Gerichtskosten (Wiedervorlage)
Vorlage: 113/08**

Die Beratung über die vorliegende Beschlussvorlage wurde in den nicht öffentlichen Teil (TOP 14) verschoben, da es einen engen Sachzusammenhang mit der übergebenen Klageübersicht gibt.

**zu 9.2 Aufhebung der Verfügungssperre in der Haushaltsstelle Sachverständigen- und Gerichtskosten (Wiedervorlage)
Vorlage: 114/08**

Die Beratung über die vorliegende Beschlussvorlage wurde in den nicht öffentlichen Teil (TOP 14) verschoben, da es einen engen Sachzusammenhang mit der übergebenen Klageübersicht gibt.

zu 10 Anträge von Fraktionen

**zu 10.1 Antrag der Fraktionen Die Linke, SPD und VUB vom 14.11.2008, eingegangen bei der Stadt Zossen am 18.11.2008:
Bereitstellung von Informationen über die wichtigen kommunalen Vorgänge im Internet (Wiedervorlage)
Vorlage: 157/08/01**

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt:

Öffentliche Bekanntmachungen der Stadt, die durch Rechtsvorschrift vorgeschrieben sind, erfolgen zuzüglich zur Veröffentlichung im „Amtsblatt für die Stadt Zossen“ durch Veröffentlichung des vollen Wortlautes auf der Internetseite www.zossen.de.

Sind Pläne, Karten oder Zeichnungen Bestandteil einer Satzung oder eines sonstigen Schriftstückes, so kann bei besonderer technischer Schwierigkeit die Veröffentlichung dieser Teile auf der Internetseite www.zossen.de dadurch ersetzt werden, dass sie zu jedermanns Einsicht während der öffentlichen Sprechzeiten über einen Zeitraum von 14 Tagen ausgelegt werden. Angaben über Ort und Dauer der Auslegung sind zusammen mit der Satzung oder dem sonstigen Schriftstück auf der Internetseite www.zossen.de zu veröffentlichen.

Zeit, Ort, Tagesordnung und der Wortlaut der Beschlussanträge der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung und der Ortsbeiräte sind auf der Internetseite www.zossen.de zu veröffentlichen soweit Gründe des öffentlichen Wohls oder Rechte Dritter nicht entgegenstehen.

Die Veröffentlichung hat jeweils mindesten 7 Tage vor dem Sitzungstag zu erfolgen.

Gefasste Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung sowie die bestätigten Protokolle der Stadtverordnetenversammlung sind im vollen Wortlaut im Internet auf der Seite www.zossen.de zu veröffentlichen soweit Gründe des öffentlichen Wohls oder Rechte Dritter nicht entgegenstehen.

Beschlussanträge, Beschlüsse, Protokolle, Satzungen etx. sind im vollen Wortlaut auf der Internetseite www.zossen.de zu archivieren und über die Dauer von 5 Jahren für jedermann zugänglich zu halten soweit Gründe des öffentlichen Wohls oder Rechte

Dritter nicht entgegenstehen.

Antragsteller möchten die BV nicht zurückziehen.

Die BV wurde mit 6:0:0 Stimmen in veränderter Fassung verabschiedet.

Anstelle von „jeweils mindestens 7 Tage“ soll es „rechtzeitig“ heißen und anstelle von „sind im vollen Wortlaut auf der über die Dauer von 5 Jahren“ soll es „sollen im vollen Wortlaut ... über die Dauer der Legislaturperiode“ heißen.

**zu 10.2 Antrag der Fraktion SPD übergeben auf der SVV am 21.01.2009, eingegangen bei der Stadt Zossen am 22.01.2009:
Kommunal-Kombi
Vorlage: 008/09**

Die Stadtverordnetenversammlung Zossen möge beschließen:

- 1. Die Bürgermeisterin wird aufgefordert zu prüfen, ob und inwieweit organisatorische und inhaltliche Möglichkeiten bestehen, dass sich die Stadt Zossen am Kommunal-Kombi beteiligt.
Sie soll der Stadtverordnetenversammlung kurzfristig dazu einen Bericht geben.*
- 2. Die Bürgermeisterin wird aufgefordert, im Haushaltsentwurf der Stadt 2009 Vorsorge für die finanzielle Absicherung der Einführung von Kommunal-Kombi zu treffen.*

Unter Streichung des Beschlusspunktes 2 wurde diese BV mit 6:0:0 verabschiedet.

**zu 10.3 Antrag der Fraktion SPD vom 25.01.2009, eingegangen bei der Stadt Zossen am 26.01.2009:
Arbeit der Feuerwehr, Löschzug Zossen, sicherstellen
Vorlage: 009/09**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

- 1. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt eine außer- und überplanmäßige Ausgabe in Höhe von bis zu 5.000,- € für die Ersatzbeschaffung des Dienstfahrzeuges für den Stadtbrandmeister.*
- 2. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, dass die Bürgermeisterin der Stadtverordnetenversammlung einen Bericht gibt, wie es zu dieser Situation kommen konnte.*

Der Antrag wurde zurückgezogen, da sich die Thematik erledigt hat.

zu 11 Beratung zur Hauptsatzung, Geschäftsordnung und Entschädigungssatzung

Die Beratung zum Hauptsatzungsentwurf der Verwaltung mit den fristgerecht eingegangenen Änderungsvorschlägen der Fraktion B 90/Grüne/FDP wird durchgeführt. Dabei werden Teile unstreitig gestellt, die Eingang in die BV zur neuen Hauptsatzung finden sollen und Teile streitig gestellt, über die in einer beratenden Sitzung am 18.02.2009 gesprochen werden soll. Die Verwaltung erarbeitet dazu rechtzeitig einen Entwurf, der alle streitigen Vorschläge enthält. Gleiches gilt für weitergehende Vorschläge des Entwurfes der Fraktion LINKE.

Es besteht keine Einigkeit darüber, ob der Satzungsentwurf der Fraktion SPD zur Geschäftsordnung bereits auf der Ebene der Fraktionsvorsitzenden abgestimmt wurde und zur Diskussionsgrundlage genommen werden kann.

Sven Baranowski
Ausschussvorsitzender

Raimund Kramer
Amtsleiter Rechts- und
Personalamt und
Protokollan